

III- **62** der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

1977 -04- 01

B E R I C H T

DER ÖSTERREICHISCHEN DELEGATION DER PARLAMENTARISCHEN
VERSAMMLUNG DES EUROPARATES ÜBER DIE XXVI. SITZUNGS-
PERIODE

Die XXVI. Sitzungsperiode umfaßte den Zeitraum vom 6. Mai 1974
bis zum 21. April 1975

Sie zerfiel in drei Teile (Plenarsitzungen):

1. Teil vom 6. bis 10. Mai 1974
2. Teil vom 24. bis 30. September 1974
3. Teil vom 22. bis 29. Jänner 1975

In den sechzehn Kommissionen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates hatten Österreicher folgende Funktionen:

Karl Czernetz als Präsident der Politischen Kommission und Vizepräsident der Kommission für parlamentarische Beziehungen und Öffentlichkeitsarbeit;

Franz Karasek als Hauptberichterstatter und als Vizepräsident der Politischen Kommission sowie Präsident der Kulturkommission;

Leopold Goess als Vizepräsident der Wirtschaftskommission;

Stephan Radinger als Vizepräsident der Bevölkerungs- und Flüchtlingskommission;

Hans Heger als Vizepräsident der Wirtschaftskommission.

In den Fraktionen bekleidete Karl Czernetz die Funktion des Vorsitzenden der Sozialistischen Gruppe; Franz Karasek die eines Vizepräsidenten der Christlich-Demokratischen Gruppe.

In der XXVI. Sitzungsperiode waren folgende Abgeordnete zum Nationalrat und Mitglieder des Bundesrates Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates:

1. Teil der XXVI. Sitzungsperiode:

Ordentliche Mitglieder:

Czernetz Karl
Goess Leopold
Karasek Franz
Luptowits Michael
Radinger Stephan
Withalm Hermann

Ersatzmitglieder:

Heger Hans
Hubinek Marga
Janner Sixtus
Reichl Josef
Reinhart Karl
Scrinzi Otto

- 2 -

2. Teil der XXVI. Sitzungsperiode:**Ordentliche Mitglieder:**

Czernetz Karl
 Heger Hans
 Karasek Franz
 Luptowits Michael
 Radinger Stephan
 Withalm Hermann

Ersatzmitglieder:

Hubinek Marga
 Lanner Sixtus
 Polster Reinhold
 Reichl Josef
 Reinhart Karl
 Scrinzi Otto

3. Teil der XXVI. Sitzungsperiode:**Ordentliche Mitglieder**

Czernetz Karl
 Heger Hans
 Karasek Franz
 Luptowits Michael
 Radinger Stephan
 Withalm Hermann

Ersatzmitglieder:

Hubinek Marga
 Lanner Sixtus
 Polster Reinhold
 Reichl Josef
 Reinhart Karl
 Scrinzi Otto

Vorsitzender der Delegation: Karl Czernetz

Stellvertreter: Franz Karasek

1. Teil der XXVI. Sitzungsperiode

Der Europarat hat den 25. Jahrestag seiner Gründung durch eine feierliche Sitzung in der Beratenden Versammlung begangen. Zahlreiche Persönlichkeiten, unter ihnen die Außenminister der 17 Mitgliedstaaten oder ihre Vertreter haben an dieser Sitzung teilgenommen, die gekennzeichnet war durch Reden des amtierenden Präsidenten der französischen Republik, Alain Poher, des Präsidenten der Beratenden Versammlung, Herrn Giuseppe Vedovato und des Präsidenten des Ministerkomitees, Herrn van Elsslande.

Alain Poher betonte, daß der Europarat besonders auf den Gebieten der Menschenrechte, der sozialen Verbesserungen, des Gesundheitswesens, der Erziehung, des Heimat- und Naturschutzes eine Reihe von praktischen Ergebnissen erzielt habe.

Um den politischen und parlamentarischen Charakter des Europarates zu unterstreichen, hat die Beratende Versammlung die Präsidenten und Generalsekretäre der Parlamente der 17 Mitgliedstaaten zur 25-Jahrfeier nach Straßburg eingeladen, die in einem round-table-Gespräch über die Beziehungen der Beratenden Versammlung zu den

- 3 -

nationalen Parlamenten, über die zunehmenden Schwierigkeiten der europäischen Zusammenarbeit und über die Krise der parlamentarischen Demokratie diskutierten. Von Österreich nahm Präsident Dr. Alfred MALETA an dieser Round-table-Konferenz teil. Er betonte, daß es von Bedeutung sei, eine Gemeinschaft von freien, demokratischen Menschen zu schaffen, die die Freiheit für sich und ihre Kinder erhalten wollen. Im Laufe ihrer Sitzungen hat die Beratende Versammlung vor allem die allgemeine Politik des Europarates nach 25 Jahren europäischer und atlantischer Zusammenarbeit geprüft.

Während dieser Sitzungsperiode wurde Herr Georg Kahn-Ackermann (Sozialdemokrat, Bundesrepublik Deutschland) zum neuen Generalsekretär gewählt. Herr Giuseppe Vedovato wurde als Präsident der Versammlung wiedergewählt.

Politische Debatte:

Der von Herrn Walther Hofer (Liberal, Schweiz) im Namen des politischen Ausschusses vorgelegte Bericht veranschaulicht in ernster Weise die Lage Europas. Zahlreiche Hindernisse blockieren den Weg zum Fortschritt in der internationalen Zusammenarbeit. Die Krisen, die über Deutschland, Frankreich und Italien hinwegfegen, zeigen, daß Europa nicht zum Handeln fähig ist, wenn eine Entscheidung dringend wird. Die Schwierigkeiten auf dem Gebiet des Zahlungsausgleiches, das Fortschreiten der Inflation und die Zunahme der sozialen Spannungen zeigen, daß es an Einigkeit mangelt und daß eine starke, tragende Idee nicht vorhanden ist. In diesem Europa hat der Europarat die gleiche Bedeutung wiedergefunden, wie in der Zeit seiner Gründung. Auf die Ost-West-Beziehungen eingehend, wies Abgeordneter Hofer auf die fortschreitende Institutionalisierung der Ost-West-Gespräche hin und unterstrich in seinem Bericht, daß es unzeitgemäß wäre, ständige Ost-West-Einrichtungen zu schaffen, ehe nicht die Ergebnisse der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa solches rechtfertigen. Es wäre gefährlich, ein Großeuropa ins Auge zu fassen, ehe nicht ein Kleineuropa funktioniert und selbst handeln kann. Hinsichtlich der Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten müssen die europäischen Partner ihren Willen zur Zusammenarbeit im Sinne einer Allianz aufrechterhalten, die seit mehr als 30 Jahren besteht.

In der Empfehlung 729 wurde eine Reihe von Vorschlägen über den spezifischen Beitrag angenommen, den der Europarat bei der internationalen Zusammenarbeit leisten kann, wie z.B. Ankurbelung des europäischen Einigungsprozesses durch Maßnahmen, die es den europäischen Staaten ermöglichen, in den internationalen Gesprächen ihre Ansichten zur Geltung zu bringen; Vertiefung und Verstärkung

- 4 -

der Tätigkeiten des Europarates auf dem Gebiet der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit; Beitrag zur Stärkung der europäischen Zusammenarbeit und Belebung der Zusammenarbeit mit den Staaten Nordamerikas; Erwägung neuer Initiativen im Hinblick auf die Staaten Osteuropas durch Vorbereitung gemeinsamer Stellungnahmen bei der Konferenz über die Sicherheit und durch die Ermöglichung einer technischen Zusammenarbeit im Rahmen des zwischenstaatlichen Arbeitsprogramms.

Wirtschaftsdebatte

Der von Herrn Walter Renschler (Schweiz, Sozialdemokrat) vorgelegte Bericht des Wirtschaftsausschusses enthält eine historische, theoretische und praktische Analyse über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben. Die Mitbestimmung gibt dem Arbeitnehmer die Möglichkeit, dem wirtschaftlichen Markt angeschlossen zu sein, seine Persönlichkeit zu entfalten und an den Entscheidungen über das Unternehmen mitzuwirken. Die angenommene EntschlieÙung 564 erscheint als Kompromiß, der sich bemüht, die leitenden Grundsätze der zu erlassenden Gesetzgebung sowie eine gewisse Anzahl von Maßnahmen zu definieren.

Herr Didier Wyler (Schweiz, Sozialdemokrat) betont die große Bedeutung, die der Sozial- und Gesundheitsausschuß dem Dokument betreffend die Humanisierung der Arbeitsbedingungen in der Industriegesellschaft beimißt. Der Mensch muß mehr gelten als der Gewinn, der bisher der einzige Motor der Entwicklung in den Industrieländern war. Die EntschlieÙung 565, die eine Reihe von Maßnahmen vorschlägt, fordert auch eine Orientierung der Arbeitnehmer und ihre berufliche Fortbildung.

Der von Herrn Porthéine (Niederlande, Liberal) vorgelegte Bericht ist den Problemen der Versorgung mit Erdöl und ihren Ersatzmöglichkeiten gewidmet. In der EntschlieÙung 566 und der Empfehlung 731 wird vorgeschlagen, Maßnahmen auf nationaler Ebene zu ergreifen, um den Energieverbrauch einzuschränken.

Zusammenarbeit und Entwicklung

Die Bilanz von 20 Jahren Entwicklungshilfe ist sehr enttäuschend und entmutigend. Der Unterschied zwischen den Einkommen der Industrieländer und denen der Entwicklungsländer hat sich vergrößert anstatt sich zu verkleinern. Es ist zu vermuten, daß dieser Unterschied zukünftig noch sichtbarer wird, betont der

Bericht des Wirtschafts- und Entwicklungs-Ausschusses, der von Herrn Uwe Holtz (Bundesrepublik Deutschland, Sozialdemokrat) vorgelegt wurde. Der Bericht untersucht ebenfalls die Probleme, die mit der Unzulänglichkeit der öffentlichen Hilfe bei der Entwicklung, den sich aus dem Handel ergebenden Gewinnen sowie aus der beängstigenden Zunahme der Schulden der Entwicklungsländer zusammenhängen. Herr Holtz stellt die Leitprinzipien einer freien, gegenseitig verpflichtenden und zwanglosen Entwicklung heraus, deren Grundsätze es diesen Ländern ermöglichen, ihren sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rückstand aufzuholen. Alle diese Maßnahmen werden in der von der Versammlung angenommenen EntschlieÙung 567 vorgeschlagen.

In dem durch Herrn John Farr (GroÙbritannien, Unabhängiger) vorgelegten Bericht des Landwirtschaftsausschusses wird unterstrichen, daÙ trotz der Bezeichnung "Welt Richtplan"(P.I.M.) die FAO in Wirklichkeit eine Analyse der Probleme vorgenommen habe, die sich der Landwirtschaft in der Welt in den 80er und 90er Jahren stellen werden. Einer der wesentlichen Punkte des P.I.M. beschäftigt sich mit den Auswirkungen des demographischen Wachstums in den Unterentwickelten Ländern, deren Bevölkerungszahl von 1,5 Milliarden im Jahre 1975 sich auf 2,5 Milliarden im Jahre 1985 erhöhen wird. Die Vorschläge der EntschlieÙung 569 sind ein Aufruf an die europäischen Länder, damit sie erkennen, daÙ jede wirkliche Hilfe für die Dritte Welt von ihnen Opfer fordert und daÙ sie die Maßnahmen treffen, die notwendig sind, um der gegenüber den reichen Ländern schnell fortschreitenden Verschlechterung der Lage in diesen Ländern Einhalt zu gebieten.

Den Bericht betreffend das 5. Seminar über den Internationalen Freiwilligendienst legte der Berichterstatter des Ausschusses für Sozialfragen und öffentliche Gesundheit, Herr Bourgeois (Frankreich, U.D.R.) vor, der betonte, daÙ die von der Versammlung einberufenen Seminare in Europa eine einzigartige Tribüne darstellen, die es den sich den Entwicklungsfragen widmenden Organisationen ermöglichen, Fragen gemeinsamen Interesses zu behandeln. In der EntschlieÙung 568 beschließt die Versammlung, die Ergebnisse des Seminars den Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, der OECD, der EWG, der internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und dem Internationalen Sekretariat für den Freiwilligendienst zu übermitteln. In der Empfehlung 732 ersucht die

Versammlung, daß die EntschlieÙung den Regierungen der Mitgliedsstaaten übermittelt und entsprechend durchgeführt wird und die für das 6. Seminar erforderlichen zusätzlichen Mittel bereitgestellt werden.

Das Zwischenstaatliche Arbeitsprogramm

Wie schon in den Jahren 1970 und 1972 war die Versammlung vom Ministerkomitee über den Entwurf eines Arbeitsprogramms für die 2 Jahre von 1975 - 1976 konsultiert worden. Der Entwurf wurde von Herr Leopold Goëss (Österreich, ÖVP) vorgelegt. Dieses Dokument ermöglicht es, sich über die vorgesehenen finanziellen Mittel und ihre Verteilung auf die großen Tätigkeitsgruppen zu informieren; auf diese Weise kann die Versammlung beginnen, eine wirklich parlamentarische Rolle im Hinblick auf die Vorhaben des Ministerkomitees zu spielen. Die Versammlung hat die Stellungnahme Nr. 66 über das Zwischenstaatliche Arbeitsprogramm und außerdem die Stellungnahme Nr. 65 über das Programm der Haushaltsmittel für die Arbeiten der Versammlung im Jahre 1975 angenommen.

2. Teil der XXVI. Sitzungsperiode

Die Umwälzungen, die die südeuropäischen Länder von Portugal bis zur Insel Zypern erfahren haben, waren Mittelpunkt der Debatte. Drei dieser Länder sind nicht Mitglieder des Europarates: Griechenland, Portugal und Spanien. Zypern konnte aus innenpolitischen Gründen zehn Jahre lang keine Abgeordnetendelegation an die Versammlung entsenden. Griechenland wird auf Grund der Änderung seines politischen Regimes, wieder vollberechtigtes Mitglied des Europarates werden.

Der Zypernbericht wurde vom Hauptberichterstatter der Politischen Kommission Herrn Franz Karasek (Österreich, ÖVP) vorgelegt. Anlässlich einer Reise nach Zypern im Auftrag der politischen Kommission konnte er feststellen, daß Rauf Denktasch, Vizepräsident und Führer der türkisch-zyprischen Gemeinschaft und Tassos Papadopoulos, der griechisch-zyprische Vorsitzende des Parlaments überzeugt zu sein scheinen, daß es die Aufgabe des zyprischen Volkes ist, die Bedingungen und die politischen Strukturen zu finden, die eine friedliche Koexistenz in der Zukunft gewährleisten. Die Versammlung nahm die Empfehlung 736 an, die vorschlägt, eine sofortige humanitäre Hilfe ins Werk zu setzen und das Ministerkomitee ersucht, eine grundsätzliche Entscheidung hinsichtlich einer Wirtschaftshilfe zu treffen, und die derzeitigen direkten Gespräche zwischen den Führern der beiden Gemeinschaften zu unterstützen.

In der Entschliefung 574 drückt die Versammlung die Hoffnung aus, daß die Gewährstaaten der Abkommen von Zürich und London den Ablauf der Verhandlungen zwischen den beiden Gemeinschaften erleichtern, damit diese zu einem vorläufigen Abkommen über eine zukünftige politische Regelung für die Insel führen.

Den Bericht betreffend die humanitäre Hilfe für die notleidende Bevölkerung Zyperns hielt Herr Walter Renschler (Schweiz, Sozialdemokrat). Die Versammlung nahm die Empfehlung 737 an, in der das Ministerkomitee ersucht wird, seine Mitgliedstaaten aufzufordern, kurzfristig bedeutende finanzielle Beiträge in den vom Ministerkomitee geschaffenen Hilfsfonds des Europarates einzuzahlen und mit Hilfe des Sondervertreters des Europarates, ein mittel- und langfristiges Hilfsprogramm auszuarbeiten.

Herr Evangelos Averoff, interimistischer Verteidigungs- und Außenminister Griechenlands, leitete die Debatte ein. Er betonte in seiner Rede vor der Versammlung, daß er in der Lage sei, das Ende einer Diktatur und die Wiedergeburt einer Demokratie anzukündigen. Der Berichterstatter der Kommission für Nichtmitgliedsländer, Victor Abens (Luxemburg, Sozialist) betonte, daß der Europarat gut daran getan habe, Kompromisse zu verweigern, nicht dem Opportunismus zu unterliegen und den fundamentalen Grundsätzen des Europarates treu zu bleiben, der Demokratie, den Menschenrechten und dem Vorrang des Rechts.

In der Entschliefung 578 erklärt sich die Versammlung bereit, die Ständige Kommission einzuberufen, sobald ein neues Parlament gewählt sein wird, um seine Ansicht über die Wiederaufnahme Griechenlands in den Europarat abzugeben.

Der Bericht der Kommission für Nichtmitgliedsländer über die Situation in Portugal wurde wegen der Ereignisse die am 27. September in Portugal auftraten nicht vorgelegt. Mario Soares, portugiesischer Außenminister, war gebeten worden, die gegenwärtige Lage in seinem Land vor der Versammlung darzustellen. Nach dieser Rede hat die Versammlung die Empfehlung 740 angenommen, in der sie die Regierungen aller demokratischen Länder Europas dringend aufruft, der provisorischen portugiesischen Regierung nur jede mögliche Hilfe auf wirtschaftlichem, technologischem und technischem Gebiet zu bringen, um die Rückkehr zu demokratischen und beständigen Institutionen zu ermöglichen.

Nach dem Bericht des Herr Giuseppe Reale (Italien, Christlicher Demokrat) über die Lage in Spanien nahm die Versammlung die Entschliefung 575 an, in dem sie mit Bedauern feststellt, daß Spanien

- 8 -

noch weit davon entfernt ist, die notwendigen Bedingungen zu erfüllen, um als rechtmäßiges Mitglied dem Europarat beitreten zu können. Sie ersucht den spanischen Staatschef inständig, eine Generalamnestie für alle politischen Gefangenen und Verbannten zu erlassen.

Den Bericht betreffend die Konferenz über die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa legte Herr Franz Karasek (Österreich, ÖVP) vor. Die anschließend von der Versammlung angenommene Empfehlung 739 schlägt vor, daß sich die Mitgliedstaaten untereinander absprechen, damit alle Unklarheiten in bezug auf die Sicherheit in Europa und die humanitäre Zusammenarbeit zwischen Ost und West beseitigt werden; daß die Mitgliedstaaten die Gründung von neuen internationalen Organisationen nicht befürworten und die Möglichkeit untersuchen, die Strukturen des Europarates als Rahmen für die Verhandlungen in der Folgezeit, vor allem auf kulturellem Gebiet, zu benutzen.

Wirtschaftsdebatte

Im Rahmen der Wirtschaftsdebatte wurde der Tätigkeitsbericht der OECD für das Jahr 1973 vorgelegt. Es wurde festgestellt, daß die Versammlung des Europarates mehr und mehr die Rolle einer inoffiziellen parlamentarischen Versammlung der OECD-Mitglieder übernimmt. Indem der Europarat einerseits alle europäischen Mitglieds-länder der OECD vereint, kann er außerdem, auf Grund seines Statuts, die parlamentarischen Vertreter aller anderen europäischen oder nichteuropäischen Länder, die Mitglieder dieser Organisation sind, einladen, an seinen Debatten teilzunehmen. Im Laufe dieser Debatte fand ein Meinungsaustausch mit einer parlamentarischen Delegation aus Japan über die OECD und die Beziehungen zwischen Europa und Japan statt.

Wissenschaftliche Debatte

In dieser Debatte wurde der Tätigkeitsbericht der OECD-Agentur für Kernenergie und der Bescheid der Kommission für wirtschaftliche Entwicklungsfragen vorgelegt.

Herr Paul Rivière (Frankreich, UDR) stellte in seinem Bericht fest, daß die derzeitige Politik beibehalten werden sollte, die darin besteht, Kernkraftwerke nicht mitten in stark bevölkerten Gebieten zu errichten. Weniger optimistisch als Rivière legte Marteen de Niet (Niederlande, Sozialist) die Kritik der Wirtschaftskommission zu den Berichten der Agentur für Kernenergie vor.

Die Versammlung nahm anschließend die Empfehlung 738 an, in der sie dem Ministerkomitee empfiehlt, die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern, im Rahmen der Agentur für Kernenergie die Sicherheitsprobleme zu untersuchen, die durch die Verwaltung und die Beseitigung von radioaktiven Abfällen entstehen. Die Mitgliedstaaten, die die Pariser Konvention von 1960 über die Verantwortung auf dem Gebiet der Kernenergie noch nicht unterzeichnet haben, sollten aufgefordert werden, dies nachzuholen.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Inanspruchnahme von Computern für parlamentarische Tätigkeiten. In Anbetracht des gewaltigen Fortschritts, der auf diesem Gebiet in den letzten Jahren gemacht wurde, kann man nur wünschen, daß auch der Europarat über die notwendige Einrichtung für den Ausbau von Zweigstellen für elektronische Datenverarbeitung verfügen wird.

Nach einem Bericht von Lord Duncan Sandys (Großbritannien, Konservativer) über die Aktion des Europarates zum Schutz der Baugüter nach 1975 wurde die Empfehlung 742 angenommen, und das Ministerkomitee ersucht, daß die Erhaltung des europäischen Baugutes als ständige Tätigkeit in das Arbeitsprogramm des Europarates aufgenommen wird, und zwar noch vor 1975, und daß die Regierungen ihre Tätigkeit auf diesem Gebiet auch nach diesem Zeitpunkt fortsetzen werden.

Demographie

Der internationale Schutz der Flüchtlinge, ihr materieller Bestand und ihre Repatriierung, sowie gewisse auf Ersuchen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen unternommene und in dem ursprünglichen Mandat des Bevollmächtigten vorgesehene Sonderaufträge, sind die Themen, die in dem Bericht von Herrn Wendelin Enders (Bundesrepublik Deutschland, Sozialdemokrat) als Antwort auf den 19. Tätigkeitsbericht des UN-Bevollmächtigten für Flüchtlinge angeschnitten werden.

In ihrer Empfehlung 743 legt die Versammlung besonderen Wert auf die Einberufung einer diplomatischen Konferenz unter der Schutzherrschaft der Vereinten Nationen, im Hinblick auf die Annahme einer Konvention über das Territorialasyl und auf Beratungen der zuständigen Expertenkomitees, die eine positive Einstellung der Regierungen, die Mitglieder des Europarates sind, hinsichtlich dieser Initiative fördern sollen.

Die Lage der Frau

In diesem von Henri Schmitt (Schweiz, Rad.Dem.) vorgelegten Bericht wird die rechtliche Lage der Frau unter dem Blickwinkel des Gleichheitsprinzips der Geschlechter vor dem Gesetz gesehen. Trotz aller internationalen Konventionen und bedeutenden Gesetzesreformen ist die auf dem Geschlecht begründete Diskriminierung immer noch Wirklichkeit. Frau Françoise Giroud, französische Staatssekretärin für Frauenfragen, die gebeten worden war, bei der Debatte das Wort zu ergreifen, betonte, daß die Diskriminierung der Frau in der neuen Welt ins Bewußtsein gebracht werden muß. Durch Beschluß der Vereinten Nationen wurde das Jahr 1975 zum Internationalen Jahr der Frau erklärt.

In der Empfehlung 741 tritt die Versammlung dafür ein, daß die bestehenden internationalen Texte unterzeichnet und von allen Mitgliedstaaten angewandt werden sollen.

3. Teil der XXVI. Sitzungsperiode

Am 21. Jänner 1975 fand eine gemeinsame Sitzung der Abgeordneten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und des Europäischen Parlaments statt, bei der über die Inflation, ihre politischen Konsequenzen und die Mittel zur Bekämpfung diskutiert wurde.

Politische Debatte

Im Verlaufe der Debatte ergriff zum ersten Mal ein Minister eines östlichen Landes das Wort, der Vizepremierminister von Jugoslawien Milos Minic. Er hob hervor, daß sein Land entschlossen für eine europäische Zukunft kämpfe, in der die Spaltung in Blocks überholt sein wird.

Den Bericht über die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europe legte Herr Franz Karasek (Österreich, ÖVP) vor. Er betonte, daß sich der Europarat seit zehn Jahren darum bemühe, die Beziehungen zwischen Ost und West zu verbessern. Erst in den letzten Jahren erhielten diese Beziehungen eine neue Richtung, dank der Entspannungspolitik der beiden Großmächte, dank auch der bilateralen Kontakte, die zwischen Ost und West geknüpft wurden, insbesondere durch die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Es wurde jedoch festgestellt, daß die Ergebnisse der Konferenz nicht das erhoffte Niveau erreichten. Einige befürchteten sogar eine Verhärtung des Status quo in Europa. In ihrer EntschlieÙung 588 spricht die Versammlung die Hoffnung aus, daß die Konferenz die Spannungen

zwischen Ost und West vermindern, die Völker einander näherbringen und eine Zusammenarbeit über spezifische Fragen in die Wege leiten wird. Der Bericht über die Lage in Zypern wurde von Herrn Franz Karasek (Österreich, ÖVP) vorgelegt. Dieser Bericht war auf den Besuch einer Arbeitsgruppe der Versammlung in Nikosia im Dezember hin verfaßt worden. Die Kommission für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen legte ihrerseits einen Bericht über die humanitäre Hilfe für die notleidende Bevölkerung Zyperns und die Wiederbelebung der Wirtschaft vor. In der Empfehlung 756 fordert die Versammlung das Ministerkomitee auf, die Regierungen zu ersuchen, von 1975 bis 1978 dem Sondervertreter des Europarates für Nationalflüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse Pierre Schneiter eine Summe zu überweisen, die 1/10 des Beitrags jedes Staates zum Budget des Europarates entspricht und bedeutende Beiträge zum Hilfsfonds des Europarates zu leisten. Fast 300.000 Dollar wurden vom Europarat gestellt, und 8 Millionen Dollar spendeten die Mitgliedstaaten an den Fonds des Internationalen Roten Kreuzes oder beim Flüchtlingsamt.

Denkmalschutz

Eine Gesprächsrunde, an der Vertreter von etwa 100 privaten Organisationen, Abgeordnete, Experten und Journalisten teilnahmen, und eine anschließende öffentliche Diskussion mit Filmvorführungen im Gebäude des Europarates eröffneten das europäische Jahr des Denkmalschutzes. Lord Duncan Sandys (Großbritannien, Konservativer) legte den Bericht der Kommission für Erziehung und Kultur vor, ersuchte dringend die Abgeordneten, die Regierungen zu veranlassen, Gesetze zu erlassen, die die Zerstörung historischer Bauten und Plätze verbieten. Der italienische Kulturminister Spadolini erklärte, daß das Experiment von Bologna bewiesen hat, daß die Kosten der Sanierung eines alten Viertels im Zentrum einer Stadt nicht höher sind, als die Errichtung eines neuen Viertels außerhalb. Er betonte, daß es notwendig sei, einer möglichst großen Anzahl von Bürgern den Zugang zu Kunstkundgebungen und Kulturgütern zu ermöglichen.

Die Empfehlung 750 schlägt insbesondere vor, 1976 eine Ministerkonferenz einzuberufen, um die Ergebnisse der Kampagne auszuwerten und die gesetzgebenden, finanziellen und verwaltungstechnischen Methoden zu bestimmen, die zur Verwirklichung dieser Ziele erforderlich sind.

Kulturbedebatte

Der Bericht über die fünfundzwanzigjährige Tätigkeit des Rates für Kulturelle Zusammenarbeit wurde von Herrn Franz Karasek (Österreich, ÖVP) vorgelegt, der hervorhob, daß der Rat eine politische Führung erhalten müsse, indem man ihn unter die technische Kontrolle von für Kultur und Erziehung zuständige Minister stellt, die allein in der Lage sind, die Ziele und Prioritäten auf diesem Gebiet auf europäischer Ebene zu bestimmen. Abgeordneter Karasek schlägt die Schaffung eines gemischten Komitees vor, das zum Begegnungszentrum zwischen den Mitgliedern der Kommission und den zuständigen Ministern werden könnte. Diese Vorschläge wurden in der Empfehlung 746 zusammengefaßt.

Der von Olaf Schwencke (BRD, Sozialist) vorgelegte Bericht über die Rolle und Handhabung der Nachrichtenübermittlung in der demokratischen Gesellschaft und die ausgearbeiteten Empfehlungen folgen auf eine gewisse Anzahl von Kolloquien, wie das vom Juni 1974 in München, wobei die Kommission für Erziehung und Kultur beauftragt worden war, ein Radio- und Fernsehmodell zu finden, das am besten die Freiheit der Meinungsäußerung garantiert. In der Empfehlung 749 fordert die Versammlung das Ministerkomitee auf, die Regierungen zu ersuchen, eine Politik des Sendungsaustausches zwischen den europäischen Staaten zu verfolgen und die sprachlichen Schwierigkeiten durch den Gebrauch von Untertiteln zu beheben, und Beratungen zur Schaffung einer Zentrale in Straßburg in die Wege zu leiten, die die Aufgabe hat, die Ausarbeitung des Grundmaterials für Sendungen betreffend die Aktivitäten der europäischen Organisationen zu koordinieren. Die Empfehlung 748 ersucht die Regierungen, das Projekt der Mindestvoraussetzungen eine staatliche Radio- und Fernsehämtes zu untersuchen und eine diesbezügliche Konferenz der Minister für Kultur, Erziehung und Nachrichtenübertragung einzuberufen.

Umweltschutz

Frau Gro Harlem-Brundtland, norwegischer Minister für Umweltschutz, informierte die Parlamentarier über die Ergebnisse der von der OECD in Paris im November 1974 veranstalteten Konferenz der Minister für Umweltschutz. Die wichtigsten Punkte waren die Erklärung, die rund 20 Minister für Umweltschutz unterzeichnet haben, den Schutz zu erweitern und die "Qualität" der Umwelt nach und nach zu verbessern, sowie die Empfehlung hinsichtlich grenzüberschreitender

Verschmutzung. Die Regierungen verpflichten sich, die Verschmutzung der internationalen Gewässer und den Ferntransport von Luftverschmutzenden Stoffen zu überwachen. Diese Fragen sollen durch bilaterale und multilaterale Abkommen behandelt werden.

Nach dem Bericht über die Umweltschutzpolitik in Europa in den Jahren 1973/1974, der von Herrn Claude Delorme (Frankreich, PSR) vorgelegt wurde, nahm die Versammlung die Empfehlung 752 an und fordert die Regierungen auf, eine durchdachtere Politik zu verfolgen und auf die öffentliche Meinung zu wirken, vor allem dafür zu sorgen, daß jedes Kernkraftwerkprojekt durch eine objektive Information über die möglichen Nachwirkungen in der Öffentlichkeit bekanntgemacht wird und die lokalen und regionalen Behörden über die Platzwahl befragt werden.

Claude Delorme berichtete auch über die Ergebnisse des von der Kommission für Raumordnung und dem europäischen Wasserschutzverein veranstalteten Kolloquiums über den Schutz des Süßwassers. Der Berichterstatter erklärte, daß dieses Kolloquium die Gelegenheit bot, die Bilanz zu ziehen über das, was auf nationaler wie auf internationaler Ebene zum Schutz und zu einer besseren Verwaltung des Wassers in Europa verwirklicht wurde. Anschließend wurde die Empfehlung 754 angenommen, die noch einmal die Definition des zwischenregierungsamtlichen Arbeitsprogramms hinsichtlich der Wasserprobleme enthält.

Der Berichterstatter der Juridischen Kommission Henri Schmitt (Schweiz, Liberaler) stellt in seinem Bericht mit Beunruhigung fest, daß keine Einheitliche Gesetzgebung zum Schutz der Umwelt in Europa vorliegt, damit die wesentlichen Grundsätze auf dem Bereich der Haftung für an der Umwelt verursachte Schäden in den verschiedenen Ländern identisch sind. In der Empfehlung 753 werden die Mitgliedstaaten, welche es noch nicht getan haben, ersucht, auf nationaler Ebene Konventionen über die Verschmutzung des Meerwassers durch Kohlenstoff und Abfälle zu ratifizieren, die Richtlinien der europäischen Gemeinschaften hinsichtlich des Umweltschutzes anzuwenden und den Entwurf einer Konvention zum Schutz der internationalen Gewässer rasch in die Wege zu leiten.

Nach einem Bericht von Herrn Giacinto Minocci (Italien, Sozialist) über Probleme der Beseitigung der städtischen und industriellen Abfälle weist die Versammlung in der EntschlieÙung 587 auf den Grundsatz hin "wer verschmutzt, zahlt", den die Regierungen bei

- 14 -

den Abfallproduzenten anwenden sollten, indem sie die Industrien verpflichten, die Abfälle zu beseitigen.

Lokale Behörden

Nach einem Bericht über die 10. Sitzungsperiode der europäischen Konferenz der lokalen Behörden, der von Pierre Weber (Frankreich, Rép. Indép.) vorgelegt wurde, und der sich mit dem Projekt eines Tunnels unter dem Ärmelkanal befaßt, nahm die Versammlung die Richtlinie 349 an, durch die die Kommission für Raumordnung und lokale Behörden beauftragt wird, nach Lösungen zu suchen, die dieses Projekt eventuell mit Hilfe eines europäischen Finanzierungsplanes verwirklichen könnten.

Die Versammlung nahm auch die EntschlieÙung 755 an, in der sie insbesondere die Rolle der Konferenz für die Verwirklichung der Ziele des Europarates erneut als unersetzbar bezeichnet.

Agrarwirtschaft

Der Generaldirektor der FAO, Boerma, appelierte an die politische Entschlußkraft der Regierungen, damit die, anläÙlich der Welt-ernährungskonferenz in Rom im November 1974 getroffenen Empfehlungen durchgeführt werden. Das fehlende Gleichgewicht zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern ist die Ursache zum Problem des Hungers in der Welt, und die Agrarwirtschaft muß sich grundlegend ändern, um die Situation- 74 Millionen Menschen in der Welt hungern- zu bekämpfen. Es müssen energische und einheitliche Maßnahmen getroffen werden, um die landwirtschaftliche Technik und die Hilfe für die Entwicklungsländer umzugestalten. Nach einem Bericht von Herrn Emile Bizet (Frankreich, UDR) über Methoden und Tendenzen der organischen Agrarwirtschaft in Europa wurde die Empfehlung 745 angenommen, die die Regierungen auffordert, die Produkte der organischen Landwirtschaft unter ihre Kontrolle zu nehmen und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der agronomischen Forschung zu fördern.

Wirtschaft und Entwicklung

Der von Jean Valleix (Frankreich, UDR) vorgelegte Bericht befaÙte sich auf Grund der schwerwiegenden wirtschaftlichen und monetären Situation und Probleme von 1974, mit der Situation der "internationalen wirtschaftlichen Nichtzusammenarbeit), bei der die Erdölkriege eines der grundlegenden Elemente darstellt. Die Vorschläge des

- 15 -

Berichterstatters verlangen die Einführung des Prinzips der kollektiven wirtschaftlichen Sicherheit in den internationalen Beziehungen sowie eine gerechte Verteilung des Gewinns unter alle Nationen der Erde.

Der Europarat soll der günstigste Rahmen zu einer Beratung über die politischen Aspekte der Nichtdiskriminierung zwischen Einheimischen und Gastarbeitern, der Umschulung, der sozialen Gesetzgebung sein. Die Reform des internationalen Währungssystems sowie die Schaffung von multilateralen Finanzierungsprogrammen sollen gefördert werden. In der EntschlieÙung 589 fordert die Versammlung die Regierungen auf, die vorgeschlagenen Maßnahmen anzunehmen.

Weiters wurde von Sir John Rodgers (GroÙbritannien, Konservativer) ein Bericht der Kommission für politische Fragen vorgelegt, um die weitreichenden Auswirkungen zu untersuchen, die die Pressekonzerne auf das Recht der freien MeinungsäuÙerung, die als eine der Grundlagen aller demokratischen Regime gilt, haben können.

In einer Empfehlung wurden u.a. die Regierungen aufgefordert, die Möglichkeit der Schaffung eines Informationszentrums im Rahmen des Europarates ins Auge zu fassen, das die Aufgabe hat, die Pressekonzerne zu beobachten und zu analysieren, und eine Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und den Presseorganisationen und -verbänden herzustellen.

Sozialwesen

Der Bericht über die Lage und Verantwortung der Eltern in der modernen Familie und die Rolle der Gesellschaft in dieser Hinsicht wurde von Frau Erika Wolf (BRD, CDU) vorgelegt. In der Empfehlung 751 werden die Regierungen aufgefordert, im Bereich des Familienrechts gesetzgebende Maßnahmen und eine Sozialpolitik zu vertreten, die die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau begünstigt, und garantiert, um den Eltern die Möglichkeit zu geben, zwischen Haushalt und Beruf zu wählen (ohne Benachteiligung in dem einen oder anderen Fall).

Die Richtlinie 348 beauftragt die Kommission für soziale Fragen und Gesundheit, ihre Untersuchung über die Gleichheit der Rechte zwischen Mann und Frau und die in den europäischen Ländern verfolgte Familienpolitik fortzusetzen, unter Berücksichtigung der Vorschläge des Jahres 1975, des internationalen Jahres der Frau.

- 16 -

Bevölkerungsfragen

Der von Frau Anita Gradin (Schweden, Sozialistin) vorgelegte Bericht der Bevölkerungs- und Flüchtlingskommission über wirtschaftliche und soziale Konsequenzen des Alterns befaßt sich mit der auf einen Geburtenrückgang zurückzuführenden Veränderung der Alterspyramide, mit der drohenden Folge, daß der Anteil der nichtaktiven Bevölkerung in den nächsten 20 Jahren anwachsen wird. In der EntschlieÙung 586 beauftragt die Versammlung die Kommission mit der Organisation eines Kolloquiums über dieses Thema. Die EntschlieÙung 585 fordert die interessierten Abgeordneten- und Regierungskreise auf, die Öffentlichkeit über die Probleme zu informieren, die durch eine Veränderung der Struktur der aktiven und nichtaktiven Bevölkerung entstehen.

Dem Bericht von Frau Gradin folgt ein Bescheid der Kommission für Sozial- und Gesundheitsfragen, vorgelegt von Herrn Frimborgne (Schweiz, Christl. Demokrat) der betonte, daß die Orientierung einer Altenpolitik planifiziert werden müsse, um das Anwachsen der von der aktiven Bevölkerung zu tragenden Kosten zu reduzieren.

Karl Lorenz